

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP

Berufsabitur auch in Bremen einführen

Die hohen Abiturientenquoten der vergangenen Jahre stellen die Ausbildungsbetriebe in Handwerk und Wirtschaft vor ein Problem. Der Wunsch vieler Schülerinnen und Schüler höhere Bildungsabschlüsse zu erreichen führt dazu, dass Betriebe die dual ausbilden Probleme haben, geeignete Auszubildende zu finden. Bundesweit waren 2017, nach Angaben des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), 15.000 Lehrstellen offen, weil qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber fehlten. Die vielen unbesetzten Stellen wirken sich, nach Auskunft des ZDH, negativ auf das Wachstum der Branche aus.

Die Bundesländer Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Berlin, Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen haben auf diese Situation reagiert und das Berufsabitur eingeführt. Ausgehend von einem mittleren Schulabschluss schließen die Auszubildenden beim Berufsabitur während ihrer Ausbildungszeit eine duale, betriebliche Berufsausbildung ab und erreichen zusätzlich das vollwertige Abitur, mit dem ihnen das Studieren an allen Hochschulen ermöglicht wird.

Diese Verknüpfung von Beruf und Abitur führt zur Attraktivitätssteigerung der dualen Ausbildung. Eine frühzeitige Festlegung auf einen bestimmten Karriereweg ist nicht nötig und die Zielgruppe mit dem Bildungsziel Abitur kann für betriebliche Ausbildungen gewonnen werden.

Im Gegensatz zu den in Bremen bestehenden, vollschulischen, doppelqualifizierenden Bildungsgängen ist beim Berufsabitur eine Doppelqualifikation in allen Berufen möglich. Kommen genügend Schüler einer Berufsrichtung zusammen, so wird das Zusatzangebot mit dem regulären Berufsschulunterricht verzahnt. Für alle anderen steht ein berufsübergreifendes Angebot zur Verfügung.

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat gemeinsam mit dem Zentralverband des deutschen Handwerks drei Modelle erarbeitet die es ermöglichen das Berufsabitur auf alle vorhandenen Schulstrukturen anzupassen. Auf dieser Grundlage ist auch für Bremen ein Konzept zu erstellen, welches den Auszubildenden die Möglichkeit bietet, unabhängig von ihrem gewählten Beruf, ohne Zeitverlust, neben dem Gesellenbrief die allgemeine Hochschulreife zu erwerben.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. in Kooperation mit der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer eines der von KMK und ZDH erarbeiteten Modelle für das Bildungssystem Bremens anzupassen.
2. zum Ausbildungsjahr 2019/20 erste doppelqualifizierende Bildungsgänge in dualen, handwerklichen und kaufmännischen, betrieblichen Ausbildungen anzubieten die zum Erreichen des Abiturs führen.

Birgit Bergmann, Lencke Steiner und die Fraktion der FDP